**Gedenkrede Lünen 9. November 2019**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich danke ihnen für die Einladung heute an diesem Gedenktag hier in Lünen sprechen zu dürfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde!

Und ganz besonders Liebe Schülerinnen und Schüler,

„Die Verbrechen der Novemberpogrome 1938 enthüllen, dass Menschlichkeit, Anstand, ethische Werte und Gottesfurcht nur einen dünnen Firnis über den Abgründen der menschlichen Seele darstellen.“

Das hat ein Zeitzeuge im Nachhinein über die grauenhaften Ereignissen jenes 9. November hier in Lünen gesagt.

Ein dünner Firnis, eine feine Schicht, die schnell zerreißen kann. Anstand und Menschlichkeit, die jederzeit bedroht sind. Eine erschreckende Erkenntnis.

Liebend gern würden wir sagen: Das war einmal. Es war schrecklich, aber es ist vorbei. Nur, so ist es leider nicht. Der NS-Staatsterrorismus, Juden-Pogrome und die Vernichtungslager, sind Gott sei Dank vorbei. Aber die Kräfte dahinter, Nationalsozialistische Gesinnung Rechtsterrorismus und Antisemitismus, gibt es immer noch. Gott sei‘s geklagt.

(NAZIS)

Nationalsozialistische Gesinnung und Antisemitismus gibt es bis heute, auch hier, in unserer Region, im Ruhrgebiet, in Lünen und Dortmund. Eine bestimmte Szene von Nazis provoziert seit Jahren in unerträglicher Weise Bürgerschaft und Rechtsstaat und bedroht jüdische Menschen, Zugewanderte und alle anders Denkenden. Insbesondere der Antisemitismus ist ihr Programm, damals wie heute. Dafür gibt es viele Beispiele.

Ihr jetziger Anführer betrieb lange Zeit eine Website unter der Internetadresse „Anitsem Punkt IT“- zusammengelesen heißt das Antisemit.

Vor gut einem Jahr zogen sie durch einen Stadtteil Dortmunds und skandierten: „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit!“

Bei einem anderen Aufmarsch in diesem Jahr grölten sie: „Palästina, hilf uns doch, Israel gibt‘s immer noch!“

Und als sie in den letzten Wochen durch die Dortmunder Nordstadt zogen, schrien sie: „Nie, nie, nie wieder Israel!“

Wer die Szene lange genug beobachtet hat, ist darüber nicht wirklich erstaunt. Schon seit Jahren zeigten die Dortmunder Nazis,, dass sie unzweifelhaft einen nationalsozialistischem Kurs verfolgen und dabei auch noch die Hitlerverehrung kultivieren.

Bei der Europawahl im Mai sind sie mit ihrer Partei DIE RECHTE angetreten. Ihr Wahlprogramm hatte genau 25 Punkte. Auch ihr Wahlprogramm bei der letzten Kommunalwahl hatte genau 25 Punkte. Der Grund: Auch das Wahlprogramm der NSDAP von 1920, das einzige, dass die Nazi -Partei je hatte, hatte genau 25 Punkte.

Übrigens: Zur Europawahl forderten sie einen neuen staatlichen Feiertag, den 20. April. Sie wissen was gemeint ist. Der 20. April bei Adolf Hitlers Geburtstag.

Unwillkürlich fragt man sich, insbesondere an einem Gedenktag wie heute: Wie ist das möglich, dass sie das alles tun können, mit diesen Hetzparolen, mit dem Bezug zur NS - Tradition?

Es ist in der Tat schwer erträglich, dass der Rechtsstaat hier so wenige Möglichkeiten bereithält. Aufmärsche der Nazis können nicht verboten werden, obwohl sie die Anwohner einschüchtern. Antisemitische Hetzparolen und rassistische Ausrufe nur in einem bestimmten Kontext verboten werden. Die Nazis wissen das und spielen gekonnt auf der Klaviatur der juristischen Grauzonen. Ihre Kader haben Jura studiert und sie bewegen sich raffiniert an der strafrechtsrelevanten Grenze.

Es ist daher sehr gut, dass der Polizeipräsident Gregor Lange nachhaltig auch die juristische Auseinandersetzung führt. So hat er versucht die Parole „Nie wieder Israel!“ bei den letzten Naziaufmärschen zu verbieten. Aber weder das Verwaltungsgericht noch das Oberverwaltungsgericht sind ihm gefolgt. Er hat dagegen Beschwerde eingelegt.

Der Jüdische Landesverband Westfalen hatte schon vorher Klage erhoben gegen das Wahlplakat der Partei DIE RECHTE: „Israel ist unser Unglück“. Das haben die Nazis bei der Europawahl verwendet. Leider wurde die Klage abgewiesen. Ein solcher Satz sei durch die Grundrechte gedeckt. Es gibt viele solcher Beispiele.

Die freie Meinungsäußerung und das Versammlungsrecht sind ein hohes Gut. Aber es ist für die Bürgerschaft kaum noch zu verstehen und schwer zu ertragen, dass die Nazis über Jahre mit ihren provokativen Aufmärschen und ihren volksverhetzenden Parolen immer weitermachen können.

(BÜRGER AKTIV - DEMOKRATIE VERTEIDIGEN)

Als Bürgerschaft dürfen uns trotzdem nicht damit abfinden, dass antisemitische Parolen auf unseren Straßen gerufen werden, dürfen nicht zur Tagesordnung übergehen, ohne dass ein Aufschrei durch die Bürgerschaft geht, und wir die Parolen als das bezeichnen, was sie sind: widerwärtiger Antisemitismus. Wenn der Staat juristische Schwierigkeiten hat, dagegen vorzugehen, muss die Bürgerschaft einen Konsens der Demokraten formulieren finden und eine rote Linie markieren, die rote Linie des Anstands, der Menschlichkeit, der ethischen Werte und vielleicht auch der Gottesfurcht, die der Bibel zufolge ja der Weisheit Anfang ist.

(RECHTSPOP)

Denn es gibt noch ganz andere Kräfte, die in letzter Zeit laut geworden sind, und die auch kräftig daran arbeiten, die Grenzen des Zumutbaren zu verschieben, Nationalismus und Rassismus gesellschaftsfähig zu machen. Sie müssen uns mindestens genauso viel Sorgen machen wie die Rechtsextremisten.

Diese Kräfte verstecken sich hinter einer Maske der Bürgerlichkeit und der Wohlanständigkeit. Ich meine den Rechtspopulismus und jene Partei, die meint, sie sei eine Alternative für Deutschland.

Es besteht kein Zweifel, dass wir in unserer Demokratie verschiedene Meinungen ertragen müssen. Aber hier geht es um etwas völlig anderes. Die Rechtspopulisten meinen es nicht gut mit unserer Demokratie. Sie stehen ihr feindlich gegenüber.

Ich erinnere an die viel diskutierten Provokationen ihrer Spitzenleute.

* Frauke Petry, damals noch Vorsitzende, wollte das Wort „völkisch“ wieder positiv besetzen.
* Andreas Gauland, der jetzige Vorsitzende, verglich zwölf Jahre Nationalsozialismus mit Vogelkot auf seiner Anzugjacke angesichts von 1000 Jahren deutscher Geschichte.
* Björn Höcke, der thüringische Landesvorsitzenden, der meinte, wir bräuchten eine Wende in der Erinnerungskultur um 180°, und er sprach dabei vom Holocaust-Denkmal in Berlin. Es ist mir ehrlich gesagt unverständlich, dass 23,4 % der Thüringer meinten, er sei der richtige Repräsentant für sie.

Diese Beispiele kennen sie alle. Was vielleicht nicht alle kennen ist das Grundsatzprogramm dieser Partei. Und dabei steht da doch für alle verbindlich und für alle erkennbar, was die Partei grundsätzlich will.

In diesem Parteiprogramm vom Mai 2016 wird sprachlich wenig verhüllt unserer Demokratie als illegitim bezeichnet, dem Parlamentarismus pauschal die Berechtigung abgesprochen, es wird vom wahren Volkswillen und der schweigenden Mehrheit schwadroniert, die natürlich nur eine Partei vertritt, nämlich, Geflüchtete und Muslime zur Bedrohung erklärt. Nur einen Satz wörtlich: „… in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werte.“ Das ist klassische nationalistische Identitätspolitik, es ist antidemokratisch und vor allem: Kaum verhüllte rassistische Hetze.

Gegen Juden gibt es übrigens im Parteiprogramm keine offenen Äußerungen, so dumm sind sie nicht. Aber dafür zielt die Verharmlosung der NS-Verbrechen durch die Spitzenleute genau darauf.

Es ist erschreckend, dass in manchen Bundesländern und manchen Regionen nahezu ein Viertel der Bevölkerung diesen Parolen folgt und bundesweites immerhin 1/8 der Wählerinnen und Wähler.

(GRENZEN VERSCHWIMMEN)

Über eins müssen wir uns wirklich Sorgen machen: Die Grenzen zwischen diesen beiden Strömungen, zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, sind fließend geworden. Höcke und seine Gruppe „Flügel“, aber auch Strategen wie Jürgen Elsässer sind dabei wichtige Scharnierstellen. Sie verbreiten Antisemitismus, Hetze gegen Geflüchtete und stellen alle Muslime unter Generalsverdacht. Sie bestreiten die Legitimität unserer Demokratie nach dem Grundgesetz und missachten den Rechtsstaat.

Bewusst werden immer wieder Tabus gebrochen, die Grenze des Sagbaren verschoben. Das ermutigt dann irgendwann Einzelne und kleine Gruppen, noch weiter zu gehen und endlich Taten folgen zu lassen. So war es zum Beispiel bei der Gruppe Freital, so war es beim Täter beim Anschlag in Halle vor vier Wochen. Der Täter wollte Juden töten, nur die gesicherte Eingangstür der Synagoge hat ihn aufgehalten. Zwei unbeteiligte Menschen wurden trotzdem ermordet.

Schon der Verfassungsschutzbericht 2017 warnte eindeutig vor rechtsterroristischen Anschlägen radikalisierter Einzeltäter. Jetzt erst, in den letzten Wochen und nach dem Mord an dem Regierungspräsidenten Lübke, wird das ernst genommen.

Wird die Tat auch einzeln verübt, die Motivation dazu entsteht in den Netzwerken und einem Klima voll antidemokratischer Gesinnung und Hetze gegen Minderheiten.

DIE ZEIT DER SONNTAGSREDEN IST VORBEI

Wenn wir heute am 9. November zusammenkommen, um der Verbrechen von vor 81 Jahren zu gedenken, dann wir wollen in Demut der damals drangsalierten Menschen jüdischen Glaubens gedenken und die Ermordeten betrauern. Aber beim Erinnern können wir nicht mehr stehen bleiben, wenn wir unser Gedenken ernst meinen.

Die Zeit der Sonntagsreden ist definitiv vorbei. Wir stehen vor einer Herausforderung, die wir lange nicht erkannt haben: Demokratie und Rechtsstaat sind bedroht, sie sind nicht länger selbstverständlich. Wir müssen aktiv und offensiv für sie eintreten.

Wir alle haben uns - und ich schließe mich der ausdrücklich ein - zu sehr gewöhnt an das Leben in Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat. Wir haben gar nicht mehr gemerkt, wie wertvoll sie sind, ich auch. Die Geflüchteten, die zu uns kommen in der Hoffnung auf ein besseres Leben, führen uns vor Augen, wie gut es uns geht, mit unserer persönlichen Freiheit, mit Sozialstaat und Rechtsstaat und einer Verfassung, die die Rechte der Bürger gegen die Übergriffe des Staates schützt. So heißt es schon im 1. Artikel:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und sie schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Das Gebot der Stunde ist darum, dass nicht mehr als selbstverständlich hinzunehmen. Die antidemokratischen Kräfte wachsen. Mit den unliberalen Ländern Osteuropas, mit denen nationalistischen Bewegungen Westeuropas und nicht zuletzt mit der derzeitigen US-Administration. Wir müssen uns deutlicher als bisher dazu bekennen, dass wir Demokratinnen, Demokraten sind, und unser demokratisches System verteidigen.

Wie wir das tun und an welcher Stelle, dazu gibt es viele Möglichkeiten. Es fängt an in der Familie, in der Schule, im Betrieb und in der Kneipe, wenn die bekannten Sprüche kommen gegen Juden, gegen Ausländer gegen Flüchtlinge, Muslime gegen Roma und die anderen Stereotypen.

Dann können wir zumindest sagen: Du siehst das so, aber ich teile Deine Auffassung nicht. Damit ermutigen wir vielleicht auch andere, den Stammtischparolen zu widersprechen.

Es gibt auch die Möglichkeit, sich in Parteien zu engagieren, in zivilgesellschaftlichen Organisationen, in Gewerkschaften und Kirchen. Überall können wir die Demokratie stützen und verteidigen.

Dafür sind dann auch die anderen Ereignisse, die sich mit diesem 9. November verbinden eine Ermutigung. Denn vor dem 9. November 1938 gab es den 9. November 1918, als nach dem Schrecken des Ersten Weltkriegs am Fenster des Reichtags in Berlin die Republik ausgerufen wurde, die Basis unserer Bürgerrechte bis heute.

Und dann natürlich den 9. November 1989, als wir Deutschen unser volles Selbstbestimmungsrecht wieder bekommen haben, ein Geschenk, dass wir nicht erwarten durften.

Wir brauchen uns gegenseitig, wir brauchen Konsens der Demokratin und Demokraten, wenn wir die dünne Firnis, die dünne Schicht schützen wollen, die über den Abgründen der menschlichen Seele liegt. Das ist die aktuelle Botschaft dieses Gedenktages, im Angesicht des Denkmals für die Lüner Opfer.

Ich danke Ihnen, ich danke Euch für die Aufmerksamkeit.